Stadt Bramsche

Protokoll
über die 7. Sitzung des Ausschusses f. Stadtentwicklung u. Umwelt
vom 13.09.2012
Ratssaal, Hasestr. 11, 49565 Bramsche

Anwesend:

Vorsitzender
Herr Heiner Pahlmann

Mitglieder SPD-Fraktion
Herr Ralf Bergander
Frau Roswitha Brinkhus — als Vertreterin für Volker Schulze
Herr Horst Sievert — als Vertreter für Lars Rehling

Mitglieder CDU-Fraktion
Herr Andreas Quebbemann
Herr Ernst-August Rothert

Mitgl. Frakt. B 90/DieGrünen
Herr Dieter Sieksmeyer — ab 18:10 Uhr
Frau Annette Specht

Mitglied FDP-Ballmann Fraktion
Herr Werner Ballmann — als Vertreter für Heiner Hundeling

Bürgervertreter gem. § 71 (7) NKomVG
Frau Ingrid Bühning
Herr Peter Furmanek

Gäste
Herr Wolfgang Kirchner

Verwaltung
Herr LSBD Hartmut Greife
Frau BGM'in Liesel Höltermann
Herr Wolfgang Tangemann

Protokollführer
Herr Johannes Fünfzig

Mitglied Bündnis 90/Die Grünen
Herr Gerd Rehling — bis 18:10 Uhr als Vertreter für Dieter Sieksmeyer

Abwesend:

Mitglieder SPD-Fraktion
Herr Lars Rehling
Herr Volker Schulze

Mitglieder CDU-Fraktion

Herr Heiner Hundeling

Bürgervertreter gem. § 71 (7) NKomVG
Herr Werner Hagemann

Beginn: 17:30 Ende: 19:30

Tagesordnung:

1	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit	
2	Ergänzung/Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 21.05. und 12.07.2012	
4	Einwohnerfragestunde	
5	Bebauungsplan Nr. 145 „Gewerbegebiet westlich der L 78“ mit örtlichen Bauvorschriften – erneute öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) Bezug: Vorlagen-Nr. 594/06-11, 731/06-11, WP11-16/069	WP 11-16/174
6	Bebauungsplan Nr. 150 "Innenstadt X", mit örtlichen Bauvorschriften - Aufstellungsbeschluss nach § 2, Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 13a BauGB	WP 11-16/175
7	Bebauungsplan Nr. 151 "Innenstadt XI" mit örtlichen Bauvorschriften - Aufstellungsbeschluss gemäß § 2, Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 13 a BauGB	WP 11-16/186
8	Beabsichtigter Bodenabbau in der Stadt Bramsche, Gemarkung Balkum, Flur 6, Flurstücke 10 u. 11 (teilweise) Antragsteller: Firma Zweers GmbH, Martinistraße 4a, 49565 Bramsche	WP 11-16/171
9	Abfallwirtschaftskonzept des Landkreises Osnabrück für die Jahre 2012 bis 2016	WP 11-16/166
10	Informationen	
11	Anfragen und Anregungen	
12	Einwohnerfragestunde	

TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Vors. Pahlmann stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2 Ergänzung/Feststellung der Tagesordnung

Keine

TOP 3 Genehmigung der Protokolle der Sitzungen vom 21.05. und 12.07.2012

RM Specht bittet darum, die Bezeichnung im Protokoll vom 12.07.2012 auf Seite 4 und 6 „RM Furmanek“ in Bürgervertreter Furmanek zu korrigieren.

RM Ballmann bittet darum, unter Top 6 den letzten Satz im vorletzten Absatz wie folgt zu ändern: „Er ist gerne bereit in Bezug auf diesen Bebauungsplan vorher mit der Politik zu sprechen.“

Vors. Pahlmann lässt über das geänderte Protokoll abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Herr Kreyenhagen regt als Vertreter der Bürgerinitiative an, das geplante Gewerbegebiet als Alleinstellungsmerkmal optisch ansprechender zu gestalten. Es sollten einige grüne Inseln entstehen und Bäume gepflanzt werden. Als Werbeslogan wird von der Bürgerinitiative der Begriff „Gewerbe im Park“ vorgeschlagen. In diesem Zusammenhang fragt er an, ob die Mitglieder des Ausschusses einen solchen Slogan mit unterstützen und begleiten könnten.

TOP 5 Bebauungsplan Nr. 145 „Gewerbegebiet westlich der L 78“ mit örtlichen Bauvorschriften – erneute öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) Bezug: Vorlagen-Nr. 594/06-11, 731/06-11, WP11-16/069 **WP 11-16/174**

LSBD Greife erläutert die Vorlage Nr. WP 11-16/174 und trägt die von der Gruppe CDU/FDP/Ballmann und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgeschlagenen Änderungen vor. Danach soll die ursprüngliche Festsetzung als eingeschränktes Industriegebiet (GIe) in Gewerbegebiet (GE) geändert werden. Die Ausnutzungsziffern, die Immissionskontingente und die Erschließung wurden beigehalten. Dennoch berührt die Änderung die Grundzüge der Planung, so dass eine erneute öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes erforderlich ist.

Der geänderte Entwurf des Bebauungsplanes wurde ebenfalls im Ortsrat Engter beraten. Die Abstimmung erfolgte mit 5 Ja- und 5 Gegenstimmen. Durch die Stimmengleichheit gab es im Ortsrat keine Mehrheit für den Änderungsentwurf. Der Vorlage wurde damit nicht zugestimmt.

RM Bergander teilt mit, dass der Stadt aus Sicht der SPD-Fraktion durch die Umplanung ein massiver insbesondere finanzieller Nachteil entsteht.

RM Quebbemann widerspricht der Aussage seines Vorredners. Aus seiner Sicht stellt die Änderung einen Kompromiss dar, um den Interessen der Wirtschaft und den Anforderungen der Anwohner gerecht zu werden. Als eine weitere geringfügige Änderung beantragt er, für einen Teilbereich im Einzelfall Betriebsleiterwohnungen ausnahmsweise zuzulassen.

RM Bergander macht noch einmal deutlich, dass durch die beabsichtigten Änderungen potenzielle Investoren abgeschreckt werden und das Gewerbegebiet nicht mehr mit den Gewerbeflächen anderer Kommunen wie z. B. dem Niedersachsenpark konkurrieren kann.

RM Specht hebt hervor, dass das Gebiet durch eine besondere Ausprägung, wie sie von der Bürgerinitiative vorgeschlagen wird, ein Alleinstellungsmerkmal als Gewerbepark bekommen kann. Weiter teilt Sie mit, dass aufgrund von rechtlichen Bedenken
der Vorschlag, einen Teil des Kompensationsdefizits in einem Natursteinmauerprojekt im Ortsteil Engter auszugleichen, zurückgestellt wird. Sie bittet aber darum, für dieses Projekt im nächsten Jahr Mittel im Haushalt anzumelden. In diesem Zusammenhang merkt sie kritisch an, das Osnabrücker Kompensationsmodell mit seinem Flächenbezug zu überdenken. Unabhängig davon beantragt sie allerdings eine Verbreiterung des Grünstreifen entlang des Engter Baches um 2 m

LSBD Greife stellt anhand des Planentwurfes die Verbreiterung des Grünstreifens dar. Es handelt sich dabei um eine Strecke von rund 430 m Länge. Die Anregung bezüglich der Betriebsleiterwohnungen bezieht sich auf einen Streifen unterhalb der Grünfläche bis zum Ende des Wendehammers. Vorschlag der Verwaltung ist es, diese im Einzelfall durch Befreiungen zuzulassen. Entsprechend dem Antrag müsste der betreffende Bereich im Bebauungsplan in GE 2 geändert werden. Die übrigen Flächen würden als GE 1 festgesetzt.

Vorsitzender Pahlmann lässt zunächst einzeln über die Anträge abstimmen.

1. Ausnahmsweise Zulassung für Betriebsleiterwohnungen im Bereich entlang des Engter Baches westlich der Planstraße unterhalb des Regenrückhaltebeckens bis zum Ende des Wendehammers

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen

2. Erweiterung des Grünsteifens entlang des Engter Baches um 2 m, von 10 m auf 12 m.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen

Anschließend lässt Vors. Pahlmann über den Beschlussvorschlag der Vorlage WP 11-16/154 abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen

TOP 6 Bebauungsplan Nr. 150 "Innenstadt X", mit örtlichen Bauvorschriften - Aufstellungsbeschluss nach § 2, Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 13a BauGB **WP 11-16/175**

Dipl.-Ing. Tangemann erläutert die Vorlage WP 11-16/175 und weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass parallel zu den Änderungen im Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes ein Teilstück der Straße „Im Breuel“ entwidmet wird und zukünftig für den öffentlichen Verkehr nicht mehr zur Verfügung steht. Faktisch ist die Straße in diesem Bereich bereits durch einen Poller gesperrt, sodass ein Durchgangsverkehr nicht mehr möglich ist.

RM Bergander betont, dass mit der Einleitung des Bauleitplanverfahrens für diesen Bereich jetzt eine Lösung gefunden wurde, von der alle Beteiligten profitieren können.

RM Brinkhus bedauert, dass Fußgänger und Radfahrer zukünftig die Straße nicht mehr benutzen können und über die Breuelstraße oder die Münsterstraße ausweichen müssen.

RM Quebbemann bestätigt, dass mit der gefundenen Lösung sowohl Planungssicherheit als auch Entwicklungsmöglichkeit und eine langfristige Perspektive für alle Beteiligten gewährleistet ist.

Vors. Pahlmann lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

TOP 7 Bebauungsplan Nr. 151 "Innenstadt XI" mit örtlichen Bauvorschriften - Aufstellungsbeschluss gemäß § 2, Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 13 a BauGB **WP 11-16/186**

LSBD Greife erläutert die Vorlage WP 11-16/186. Bei der damaligen Reihe von Aufstellungsverfahren für Innenstadtbebauungspläne wurde der Bereich bewusst außen vorgelassen,

weil man zu dem Zeitpunkt noch nicht soweit fortgeschritten war, dass eine Überplanung in dem Bereich schon Sinn machte. Durch den Abschluss einiger Vorverträge und Einschaltung eines professionellen Projektentwicklers ist die Verwaltung jetzt einen Schritt weiter gekommen, so dass es aus Sicht der Verwaltung jetzt an der Zeit ist, die älteren noch gültigen Bebauungspläne zu überarbeiten.

RM Quebbemann hofft, dass dieses nach dem vorläufigen Scheitern des Investorenwettbewerbs ein erster Schritt ist, dort großflächigen Einzelhandel mit Anbindung an die Große Straße zu platzieren.

RM Bergander bestätigt, dass die SPD-Fraktion ebenfalls die Vorlage mit trägt. Er bringt allerdings auch seine Sorge zum Ausdruck, dass aufgrund der Vielzahl unterschiedlicher Grundstückseigentümer die Umsetzung noch eine ganze Weile dauern könnte.

Vors. Pahlmann lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

TOP 8 Beabsichtigter Bodenabbau in der Stadt Bramsche, Gemarkung Balkum, Flur 6, Flurstücke 10 u. 11 (teilweise)
Antragsteller: Firma Zweers GmbH, Martinistraße 4a, 49565 Bramsche **WP 11-16/171**

Dipl.-Ing. Fünfzig erläutert die Vorlage WP 11-16/171.

RM Bergander hebt hervor, dass sich die Verwaltung große Mühe gegeben hat, die Belastungen für die betroffenen Anlieger so gering wie möglich zu halten. Er schlägt für die SPD-Fraktion vor, den Beschlussvorschlag um folgende Punkte zu ergänzen:

1. Vor dem ersten Abbau muss die Verwallung und Begrünung bereits vor Beginn des ersten Abbauabschnittes hergestellt sein.

2. Das Zeitfenster für die Betriebszeiten, insbesondere die An- und Abfahrtzeiten für LKWs,
muss deutlich im Sinne der Anlieger eingeengt werden.

RM Quebbemann bestätigt, dass in der Vorlage realistische Dinge zum Schutz der Anlieger dargestellt und gefordert werden.

RM Sieksmeyer lobt die Vorlage der Verwaltung als vorbildlich. Wie alle anderen Fraktionen hat sich auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor Ort informiert und mit den Betroffenen über ihre Anliegen gesprochen. Wie den anderen Fraktionen ist auch seiner Fraktion die Tatsache ein Dorn im Auge, dass dort ein weiteres Abbauunternehmen einen unbefristeten Abbau betreibt. Die Forderung in der Beschlussvorlage, diesen in einen befristeten Abbau umzuwandeln, sollte nach Möglichkeit umgesetzt werden.
Aus seiner Sicht sollten noch folgende Punkte in den Beschlussvorschlag aufgenommen werden:

1. Die Errichtung der Wallanlage hat mit Oberboden aus dem Abbaugebiet zu erfolgen.

2. Die Gefahr einer Grundwasserabsenkung ist auszuschließen.

RM Specht regt an, für die Schutzbepflanzungen auch den Holunder als Gehölzart vorzusehen.

Ortsvorsteher Borcherding gibt offiziell zu Protokoll, dass er der Vorlage zustimmt.

Vors. Pahlmann lässt zunächst über die beantragten Ergänzungen zum Beschlussvorschlag abstimmen:

1. Die Verwallung und Schutzpflanzung muss bereits vor Beginn des Abbaus fertiggestellt

sein und eine ihrem Schutzzweck entsprechende Ausprägung vorweisen. Die Verwallung hat aus Oberboden aus dem Abbaugebiet zu erfolgen. Für die Schutzpflanzung soll neben den im landschaftspflegerischen Begleitplan vorgesehenen Sträuchern auch Holunder verwendet werden.

2. Die Betriebszeiten, insbesondere die An- und Abfahrtszeiten für LKWs, sollten im Zuge von Nachverhandlungen deutlich im Sinne der Anlieger verbessert werden.

3. Um eine Gefährdung des Grundwassers, insbesondere einer Grundwasserabsenkung entgegen zu wirken, ist eine Beweissicherung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Anschließend lässt Vorsitzender Pahlmann über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

TOP 9 Abfallwirtschaftskonzept des Landkreises Osnabrück für die Jahre 2012 bis 2016 WP 11-16/166

LSBD Greife erläutert die Vorlage WP 11-16/166. Der Landkreis hat der Stadt das Abfallwirtschaftskonzept für die Jahre 2012 bis 2016 zur Stellungnahme vorgelegt.

Aus Sicht der Verwaltung gibt es hierzu keine Anregungen und Hinweise vorzutragen.

Vors. Pahlmann lässt über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig

TOP 10 Informationen

Keine

TOP 11 Anfragen und Anregungen

RM Specht fragt an, wer für die Darstellung von Gewerbeflächen im Internet verantwortlich ist und Internetauftritt pflegt.

Laut LSBD Greife ist dafür Frau Paschen zuständig.

RM Bergander stellt für die SPD-Fraktion mehrer Anfragen. Diese sind schriftlich festgehalten und werden diesem Protokoll als Anlage beigefügt. Die schriftliche Antwort der Verwaltung zu der ersten Anfrage ist ebenfalls dem Protokoll beigefügt. Die Fragen zur Stadtsanierung werden im Rahmen der Vorlage des nächsten Wirtschaftsplanes beantwortet, der voraussichtlich am 29.11. im VA vorgestellt wird.

RM Sieksmeyer teilt mit, dass sich der Veranstalter der geplanten Merlin-Revivalfete darüber beklagt hat, dass der Landkreis die Genehmigung hierzu versagt hat. Er regt an, gemeinsam mit den Beteiligten Gespräche zu führen, wie und wo eine solche Veranstaltung in Bramsche durchgeführt werden könnte. Hierzu sollte aus seiner Sicht die Verwaltung einladen.

BGM´in Höltermann nimmt die Anregung auf und erwidert, dass darüber, wer die Beteiligten einlädt nochmals gesprochen werden muss. In diesem Zusammenhang weist sie darauf hin, dass der Landkreis dem Veranstalter für eine Genehmigung Auflagen gemacht hat. Diese Auflagen sind vom Veranstalter nicht erfüllt worden. Aus ihrer Sicht reicht es nicht, dass der Betreiber im Vorfeld nur Plakate druckt und Handzettel verteilt und damit genügend Leute mobilisiert und Druck aufbaut, ohne sich vorher um Genehmigung und die erforderlichen Grundlagen zu bemühen.

TOP 12 Einwohnerfragestunde

Frau Kolfen regt an, die im Rahmen der Rekultivierung zum Bodenabbau der Fa. Zweers in Balkum die geplante Steilböschung zu verlagern, da diese an dem geplanten Standort aufgrund der Nähe zum Balkumer Kirchweg eine Gefahr darstellen könnte.

Die Verwaltung nimmt die Anregung von Frau Kolfen auf.

Herr Große Dartmann sieht durch die geplante Steilböschung ebenfalls eine Gefahr, dass die unmittelbar angrenzende Straße beschädigt werden könnte. Er weist in diesem Zusammenhang daraufhin, dass am Balkumer Kirchweg jetzt schon an einigen Stellen die Straße weggesackt ist.

Dipl.-Ing. Tangemann teilt hierzu mit, dass diese Beschädigung während einer Frostperiode entstanden ist und der Boden zum Teil noch gefroren war. Aufgrund von Tauwetter ist Wasser von der benachbarten Ackerfläche über die Straße in die Böschung gelaufen und es ist im Böschungsbereich zu Absackungen gekommen.

Dipl.-Ing. Fünfzig ergänzt, dass die Fa. Zweers daraufhin in Abstimmung mit der Stadt am tiefsten Punkt der Straße zur Abbauböschung einen Regeneinlauf erstellt hat und das Wasser über eine Rohrleitung in die Abbaugrube leitet.

Höltermann	Heiner Pahlmann	BGM'in	
	Liesel Höltermann		
Bürgermeisterin	Vorsitzende		Protokollführer